



Grenzübergang Nickelsdorf: Illegale Einwanderer in einem Hohlraum eines Anhängers.

In Kisten nach Österreich

Die Zahl der Aufgriffe von illegal nach Österreich gereisten Personen ging im Jahr 2004 zurück. Die Methoden der Schlepper werden immer brutaler.

Der Audi mit ukrainischem Kennzeichen und Anhänger mit zwei Metallbehältern kam den Gendarmen am 6. April 2005 am Grenzübergang Nickelsdorf verdächtig vor. „Die Beamten haben bei der Überprüfung des Hängers mit einer Videosonde Haare entdeckt. Damit war klar, dass dort Menschen versteckt waren“, berichtet Bezirksgendarmierkommandant Andreas Kohs. In der Prüfhalle wurde der Anhänger untersucht. Vier Frauen im Alter zwischen 20 und 50 Jahren befanden sich in einem etwa 30 cm hohen Hohlraum auf der Unterseite des Anhängers, der verschweißt war. Sie hatten nur durch ein paar Ritzen Luft bekommen. Der Hänger war lackiert worden, um die Schweißnähte zu tarnen. Die vier Ukrainerinnen mussten mit Bergescheren befreit werden. Sie wurden nach den Einvernahmen nach Ungarn abgeschoben. Der Schlepper, ebenfalls ein Ukrainer, wurde festgenommen.

Im Jahr 2004 griffen Polizei und Gendarmerie 38.530 illegal nach Österreich eingereiste Personen auf, um 6.596 (-14,62 %) weniger als im Jahr 2003 (45.126). 957 Personen waren Schlepper, (2003: 1.025). 12.668 Personen wurden über die Grenze geschleppt,

4.300 weniger als 2003. Zwei Drittel der aufgegriffenen Personen suchten um Asyl an. Bei den Schleppern handelte es sich hauptsächlich um Rumänen (193), Ukrainer (124), Slowaken (101), Deutsche (77) und Österreicher (54). Laut Experten des Bundeskriminalamts treten Rumänen meist als Schlepper von Kleingruppen auf. Sie bringen ihre „Kunden“ hauptsächlich mit Fahrzeugen über die Grenze nach Österreich, aber auch zu Fuß. Fast jeder zweite Geschleppte kam über Tschechien oder die Slowakei nach Niederösterreich – ein Indiz für Innenministerin Liese Prokop, „dass diese Länder noch nicht reif sind für den Schengenraum“. 34 Prozent aller Aufgriffe erfolgten 2004 an den Grenzübergängen, 23 Prozent an der „grünen Grenze“. Vier Prozent aller Geschleppten wurden in Personen- oder Güterzügen entdeckt, zwei Prozent kamen auf dem Luftweg nach Österreich.

2004 wurden auch die Grenzübergänge zwischen Österreich und Italien verstärkt kontrolliert. Bei den Aufgriffen im Süden Österreichs handelte es sich meist um Rumänen, Ukrainer und Bulgaren, die in Süd- und Südwesteuropa illegalen Beschäftigungen nachgingen und über Österreich nach Hause reisten, nachdem ihre 90-tägige Aufenthaltsdauer in der EU abgelaufen war.

Die meisten Aufgriffe gab es in Niederösterreich (12.796), im Burgenland (6.464) und in Kärnten (5.248); die wenigsten in Vorarlberg (490). Die Zahl der Aufgriffe am Flughafen Wien-Schwechat ging 2004 im Vergleich zu 2003 um 77 Prozent zurück, durch Vorfeldkontrollen der Polizei und den Einsatz von Dokumentenberatern, die Flüge der AUA von Charkow (Ukraine) nach Wien-Schwechat begleiten. Die Beamten überprüfen am Flughafen Charkow die Echtheit der Reisedokumente von Personen, die nach Österreich reisen wollen.

Die meisten illegalen Grenzgänger kamen aus den ehemaligen Sowjetstaaten (4.800) und Indien (1.360). Bedeutende Rückgänge gab es bei Aufgriffen von Staatsbürgern aus Bangladesch (- 69,92 %), Irak (- 75,12 %), Afghanistan (- 56,62 %), Türkei (- 47,33 %) und Indien (- 45,54 %). Es gab Steigerungen bei Aufgriffen von Mongolen (+ 195,65 %) und Rumänen (+ 40 %).

Schwerpunktaktionen. Major Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle im Bundeskriminalamt für die Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperei, sieht die Gründe für den Rückgang „in der personalintensiven Überwachung der grünen Grenze durch



Bezirksgendarmeriekommandant Andreas Kohs; Anhänger mit Schlepper versteckt.

Exekutive und Bundesheer und in den verstärkten Kontrollen der neuen EU-Nachbarstaaten im grenznahen Bereich zu Österreich.“ Schwerpunkttaktionen der Zentralstelle mit in- und ausländischen Dienststellen führten zur Zerschlagung internationaler Schlepperorganisationen. Verschärfte Kontrollen auf Schlepperrouten ließen diese Wege für die kriminellen Organisationen uninteressant erscheinen.

Innenministerin Prokop kündigte gesetzliche Verschärfungen gegen die Schlepperei an. Der Strafrahmen soll von der Anzahl der geschleppten Personen abhängen und Schlepperei soll unabhängig von der Gewinnabsicht strafbar werden. „Für 2005 sind nach bisherigem Erkenntnisstand keine deutlichen Veränderungen zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass sich aus jenen Nationalitäten, die im Jahr 2004 an vorderer Stelle zu finden waren, auch im Jahr 2005 der Großteil der illegalen Grenzgänger zusammensetzen wird“, sagt Tatzgern. Die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit der Sicherheitsdienststellen ist für Österreichs obersten Schleppereibekämpfer ein wichtiger Punkt. Vor allem „auf internationaler Ebene Schlepperrouten zu ermitteln, Strukturen zu erkennen und in gemeinsamen Aktionen Schlepperkriminalität dort zu bekämpfen, wo organisierte Banden riesige Umsätze auf Kosten verzweifelter Menschen erwirtschaften.“

Operation Nistru. Die Behörden registrierten 2004 eine Zunahme der Zahl von

illegalen Migranten aus Moldawien. Die Schlepperrouten aus Moldawien führten über die Ukraine und Slowakei sowie über Rumänien und Ungarn nach Österreich. Die Moldawier benutzten zur illegalen Einreise vermehrt ge- oder verfälschte EU-Reisedokumente und Schengenaufenthaltsstempel. Viele wurden in Österreich straffällig. Auf Grund des erhöhten Zustromes von Moldawiern hat die Zentralstelle zur Schleppereibekämpfung die „Operation Nistru“ (Bekämpfung der organisierten Schlepperei moldawischer Staatsangehöriger) eingerichtet. Nistru heißt der Grenzfluss zwischen Moldawien und der Ukraine.

Die österreichischen Sicherheitsdienststellen arbeiten mit den OK-Dienststellen in Rumänien und Ungarn sowie dem *Seci-Center* (*Southeast European Cooperative Initiative Regional Center for Combating Transborder Crime*) in Bukarest zusammen. Weiters sollen die Ermittlungsbehörden in



Gerald Tatzgern: „Erfolgreiche internationale Zusammenarbeit.“

Moldawien und der Slowakei eingebunden werden. Eine wichtige Rolle spielen die Sicherheitsattachés des Innenministeriums in diesen Ländern, die einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeit der Schleppereibekämpfung widmen.

Brutale Schlepper. Im Bundeskriminalamt registriert man neben den klassischen Schleppermethoden zunehmend brutale Vorgehensweisen, berichtet Major Tatzgern. Menschen, die bereits hohe Summen für die illegale Einreise gezahlt hätten, werden entführt, um ihre Verwandten in der Heimat zu erpressen. Schlepper versuchen Menschen in Kofferräumen, in Kisten, in Lautsprecherboxen oder in Hohlräumen von Fahrzeugen über die Grenzen zu bringen. Seit Juli 2003 operierte von der Slowakei aus eine Bande, die sich auf die Schleppung illegaler Migranten aus China spezialisiert hatte. Die Migranten wurden an der slowakisch-ukrainischen Grenze aufgenommen und über Österreich weiter nach Italien gebracht. Für diesen Transport verlangte die Bande pro Kopf einen Betrag bis zu 3.500 US Dollar.

Die Opfer wurden dabei vor allem über die March oder in Kleinlastwagen nach Österreich geschleppt. Zum Teil wurden die Flüchtlinge mit Gewalt in ihre Verstecke gezwungen. Die illegalen Migranten mussten bis zu acht Stunden zu zweit in Kästen ausharren, die nicht größer als einen Meter mal einen Meter waren. Bei polizeilichen Ermittlungen wurde das Auftreten dieser kriminellen Organisation erkannt und eine Ermittlungsgruppe des Bundeskriminalamtes, der Kriminalabteilung Burgenland und der slowakischen Polizei gegründet. In einer gemeinsamen Aktion konnte diese Schlepperorganisation im Februar 2004 zerschlagen werden.

In weiteren Fällen wurden Chinesen in Motorräumen von Kleinlastwagen nach Österreich geschmuggelt. Die Schlepper hatten den Motor ausgebaut. Die Beamten staunten, als sie einen Rasenmähermotor unter dem Beifahrersitz entdeckten, mit dem das Fahrzeug über die Grenze tuckerte.

Die Kriminalabteilung für Niederösterreich führte seit Mai 2004 Erhebungen gegen eine Schlepperorganisation, die Inder in die EU schleuste. Die Inder kamen über Russland und die Ukraine in die Slowakei. Von dort brachten sie Schlepper in Kofferräumen ihrer Autos oder in Kisten auf Lastfahrzeugen nach Österreich und in andere Länder der Europäischen Union.

Wer den Schlepperlohn nicht bezahlte, wurde in Bunkerwohnungen festgehalten und erst nach der Bezahlung weitergeschleppt. Der Schlepperlohn betrug aus der Slowakei nach Österreich ab 1.300 Euro pro Person und von Österreich nach Italien ab 500 Euro pro Person. Die Täter hatten etwa 2.500 Inder in die EU geschleust. 29 Verdächtige konnten festgenommen werden, vorwiegend Inder, Afghanen und Polen.

Klimageräte sollten sich laut Frachtpapieren in dem Laster befinden, mit dem ein 44-jähriger Slowake Ende März 2005 unterwegs war. Bei einer Kontrolle am Grenzübergang Kittsee im Burgenland stießen Gendarmen hinter Holzverschlagen auf zwölf Moldawier, vier Chinesen, zwei Inder, zwei Türken und einen Iraker. Die Mitfahrer gaben an, sie oder ihre Familien hätten für ihre Schleppung zwischen 180 und 11.000 Euro bezahlt. Sie seien in der Slowakei in Kisten „verpackt“, auf einen Lkw verladen und später nochmals umgeladen worden.

In einem Lastwagen, mit dem ein 29-jähriger Tscheche zur Grenzkontrolle kam, wurden in einem Hohlraum zwei Inder und zwei Pakistani entdeckt. Die Männer waren wegen Sauerstoffmangels kaum ansprechbar. Der Sauerstoff in ihrem luftdicht verschlossenen Versteck hätte laut Gendarmerie nicht länger als 45 Minuten gereicht. Der 29-jährige Lenker sagte, er habe von den Insassen nichts gewusst.

Flexible Strukturen. Die Schlepperorganisationen beobachten und filmen mögliche Grenzübergangsstellen, registrieren Stärke und Häufigkeit von Grenzkontrollstreifen und richten die Schleusungen danach aus. Sie stellen sich schnell auf Änderungen ein, wie behördliche oder rechtliche Maßnahmen. Für Schleusungen in die EU werden sämtliche Mittel und Möglichkeiten



Schleppung im Motorraum: Auf engstem Raum über die Grenze.

genutzt: Auf dem Luftweg, mit Fahrzeugen, zu Fuß oder mit ge- oder verfälschten Reisepässen, Sichtvermerken und Verpflichtungserklärungen.

Die Schlepper geben Migranten den Tipp, sich als Bewohner von Krisenländern auszugeben, um leichter Asyl gewährt zu bekommen. Die illegalen Grenzgänger werden von den Schleppern über ihr Verhalten nach dem Grenzübergang instruiert, wie sie sich bei der Anhaltung durch österreichische Sicherheitsorgane verhalten sollten. Die Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften spielt eine wichtige Rolle, die illegalen

Grenzgänger können sich dort von den Strapazen erholen und sind für die Schlepper an einem konkreten Ort erreichbar, von wo sie in andere westliche Länder weitergeschleust werden.

Die Arbeitsweise der Schlepperorganisationen hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Für ihre gesicherte und garantierte Schleppung in den EU-Raum bezahlen die Ausreisewilligen zumeist im Voraus Beträge zwischen 6.500 und 9.500 Euro – je nach Länge des Reiseweges und Reisekomforts.

Von den Schleppern werden „Erfolgsgarantien“ abgegeben. Im Falle eines polizeilichen Aufgriffs und Zurückschiebung eines „Kunden“ in ein anderes Land soll die Schleppung solange betrieben werden, bis der „Kunde“ an seinem gewünschten Reiseziel ist.

Die Abgabe einer Erfolgsgarantie bewirkt eine Abhängigkeit vom Schlepper. Die illegalen Migranten zeigen wenig Bereitschaft, bei der Einvernahme über die Schlepper auszusagen. Die Art und Weise der Schleppung richtet sich nach der Finanzkraft der Ausreisewilligen. Sind sie bereit, mehr Schlepperhonorar zu bezahlen, erfolgt ihre Schleppung rasch und ungefährlich – zum Beispiel mit erschlichenem Schengenvisa oder gefälschten Reisedokumenten in einem Flugzeug direkt in den EU-Raum. Sind sie nicht sehr finanzkräftig, dauert die Schleppung länger und ist strapaziöser – zum Beispiel mit einem Schiff von Izmir nach Italien.

*Schleppericht 2004 im Internet:
www.bmi.gv.at/publikationen*



Menschenschmuggel: In Lautsprecherboxen illegal über die Grenze.